

Editorial

Der Rundbrief der BAGP erscheint seit Mitte des vergangenen Jahres einmal im Quartal. Als Organ der BAGP-Mitglieder greift er inhaltlich jeweils ein Schwerpunktthema auf. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und -initiativen wird regelmäßig wichtige gesundheitspolitische Aspekte aus der Sicht von PatientInnen darlegen und kommentieren. Uns ist es wichtig, sowohl mit der Fachöffentlichkeit als auch den BürgerInnen unsere Positionen zu diskutieren.

Interessierte können den BAGP-Rundbrief in gedruckter Version oder als Acrobat-PDF-Datei online abonnieren.

Die gedruckte Version ist gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro jährlich bei der Geschäftsstelle der BAGP erhältlich. Die Online-Version ist kostenlos erhältlich und kann per e-mail (abo-rb@patientenstellen.de) mit dem Betreff *subscribe* bestellt werden.

Alternativ können Sie nach Bedarf den jeweils aktuellen BAGP-Rundbrief sowie alle erschienenen Ausgaben selbst aus dem Internet holen. Einen entsprechenden Verweis finden Sie unter <http://patientenstellen.de>.



Krankenversicherte wollen strukturelle Reformen

Nach der Verkündung der Eckpunkte der Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform ist die Enttäuschung bei Krankenversicherten, Patientinnen und Patienten greifbar.

(K)eine wirkliche Gesundheitsreform

Anstatt strukturelle Reformen anzupacken, hat sich die Regierung von den Lobbyisten der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen in die Tasche stecken lassen. Viele der im Vorfeld von Experten gesundheitsrelevanter Einrichtungen unter Beteiligung von Patientenvertretern erarbeiteten Vorschläge zur Gesundheitsreform sind gestrichen worden.

Die BAGP sieht die sogenannten Kompromisse als einen weiteren Erfolg gewinnorientierter Vertreter der Ärzte- und Pharmalobby. Die Resultate auf der finanziellen Ebene werden bald zu spüren sein: Wie von führenden Krankenkassenvertretern bereits geäußert, sind die faulen Kompromisse völlig ungeeignet, um Einsparungen im Gesundheitswesen zu realisieren.

Die BAGP fordert Reformen auf der strukturellen Ebene:

1. Den Aufbau eines „Zentrums für Qualität in der Medizin“ so wie es in der Vorlage zur Gesundheitsreform vorgeschlagen war. Um eine neutrale Aussage über die Qualität der vorhandenen gesundheitlichen Angebote und Kriterien für den weiteren Ausbau machen zu können muß dieses Zentrum unabhängig von Anbieterinteressen arbeiten.

2. Die ebenfalls in der Vorlage geforderte und längst überfällige Positivliste für Arzneimittel. Nirgendwo sonst auf der Welt ist der Arzneimittelmarkt so unübersichtlich und teuer wie in Deutschland. Es ist ein alarmierendes Zeichen, dass die Ausgaben für Arzneimittel die Aufwendungen für die ambulante Versorgung bereits überstiegen haben.

3. Die Möglichkeit des Abschlusses von Direktverträgen zwischen einzelnen Ärzten und Krankenversicherungen. Die Qualität in der Versorgung von Patienten und PatientInnen soll sich auch in einer entsprechend gestaffelten Honorierung zeigen. Die kassenärztlichen Vereinigungen haben in diesem Bereich jahrelang versagt und können auch zukünftig aus ihrem Selbstverständnis heraus keine konsequente und unabhängige Leistungsüberprüfung ihrer Mitglieder garantieren.

4. Verbesserte Transparenz über Leistungsanbieter, Behandlungsmethoden und deren Alternativen, über medizinische Einrichtungen und Dienstleistungsanbieter für Versicherte, Patientinnen und Patienten. Nur der öffentliche Zugang zu entsprechenden Informationen ermöglicht den mündigen Patienten.

Darüber hinaus fordert die BAGP die Bundesregierung auf, die als Erfolge gefeierten Kompromisse mit der Opposition in der Öffentlichkeit ehrlicher darzustellen und zu erwähnen, dass mögliche Beitragssatzsenkungen in der GKV fast ausschließlich auf die Krankenversicherten abgewälzt werden.

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Auenstr. 31
80469

München
TELEFON

089 /

76 75 51 31

FAX 089 /

725 04 74

[http:](http://patientenstellen.de)

patientenstellen.de

[mail@](mailto:mail@patientenstellen.de)

[patientenstellen.de](mailto:mail@patientenstellen.de)

Sprechzeiten:

Mo - Do

13 - 14 Uhr

und AB

Inhalt:

Zum Kompromiß? **A+D**

Interview zur Gesundheitsreform **B**

Aus der Beratung **C**



**BAGP - Mitglieder/
Kontaktadressen und
Öffnungszeiten: (www.
patientenstellen.de)**

**PatientenInitiative
Hamburg e.V.**

22301 Hamburg,
Moorfurthweg 9 e
Tel: 040/2796465,
Fax: 040/27877718
hamburg@
patientenstellen.de
Mi 13– 15 h
(persönlich n.V.)

**PatientInnenstelle
Bremen**

28205 Bremen,
Braunschweigerstr. 53b
Tel+Fax: 0421/493521
bremen@
patientenstellen.de
Mo und Mi 10 – 13 h
Do 16 – 19 h

Pro PatientIn e.V.

32423 Minden,
Simeonstr. 20
Tel: 0571/398 2541,
Fax: 0571/8297 6826
minden@
patientenstellen.de
Di 10 – 12 h
Mi 10 – 12; 14 – 16 h

Patientenstelle Bielefeld

33602 Bielefeld,
August-Bebel-Str. 16
Tel: 0521/133561,
Fax: 0521/176106
bielefeld@
patientenstellen.de
Di 10 – 12 h
Mi 15 – 19 h u.n.V.
Do 10-13 & 15 - 17 h
(Psychiatriebesuch)

**PatientInnenstelle
Göttingen**

37073 Göttingen,
Albanikirchhof 4-5
Tel: 0551/486760,
Fax: 0551/42759
goettingen@
patientenstellen.de
Mo und Do 10 – 13 h
Di und Do 15 – 18 h

**PatientInnenstelle
Osnabrück**

49080 Osnabrück
Köksche Str. 18
Tel: 0541/84264
Fax: 0541/6003517
osnabrueck@
patientenstellen.de
Di 18 – 20; Mi 9 – 12 h
Donnerstag 10 – 14 h

**Zum Einigungsverfahren von Regierung und Opposition zum
Gesundheitsmodernisierungsgesetz**

**Anja Link: Es steht
Privatisierung gegen
Solidarität. Wird das
jetzt bedeuten, dass die SPD
womöglich auf Kerngedanken
ihrer Politik verzichten muss?**

Wolfram Burkhart: Es ist natürlich die Frage, inwiefern die SPD es wirklich schafft, ihre gesundheitspolitischen Zielsetzungen, die sie meiner Beobachtung nach immer mehr verwässert, durchzusetzen. Ich spreche das Beispiel „Institut für Arzneimittelprüfung und unabhängiges Institut für Qualitätssicherung“ an, oder auch die „Positivliste“, die nun schon ewig angekündigt ist und in der Schublade liegt, die die SPD sich abstreiten lässt in diesen Verhandlungen. Ich habe eher den Eindruck, dass die SPD große Sorge hat, ihre Reformvorhaben nicht durchzubringen und daran dann möglicherweise als Regierung droht, in der zweiten Legislaturperiode zu scheitern und deswegen strategisch eben auch auf diese starken Konsense mit der CDU/CSU setzt. Wenn die SPD viel offensiver einen mutigen Reformentwurf präsentieren würde, wie es rot-grün am Anfang ihrer ersten Legislaturperiode gemacht hat, dann müssten diese Reformgespräche auch nicht hinter verschlossenen Türen und unsicher vonstatten gehen. Dann wären SPD und Grüne jetzt sehr viel offensiver und sehr viel sicherer in ihrer Politik. Ich kann im Moment kein vollständiges, kein strategisches Reformprojekt der SPD und der Grünen mehr erkennen. Ich halte das, was im Moment sich abzeichnet, für kleine Reformschritte an verschiedenen Punkten des Gesundheitssystems, die aber zum obersten Ziel haben, - das ist allgemein eben der Trend der Sozialpolitik und Gesundheitspolitik als einen Teil der Sozialpolitik -, die Lohnnebenkosten zu senken, in dem Irrglauben, dadurch würde Beschäftigung gefördert und die Unternehmer

würden dadurch Arbeitsplätze schaffen. Dieses wirtschaftspolitische Konzept ist meines Erachtens nach sehr zweifelhaft. Wir sehen das im Moment in der aktuellen Gesundheitspolitik. Alles was passiert, wird diesem vermeintlichen Sparzwang unterlegt. So wie die Verhandlungen von Hans Eichel und Ulla Schmidt über die Renten: den Rentnern werden sehr starke finanzielle Bürden auferlegt, um zu sparen. Ähnlich sieht das ja auch bei diesen Gesundheitsreformschritten aus. Es gibt da den nicht sehr überraschenden Vorschlag in dem Unionsentwurf, den Arbeitgebern das Krankengeld allein zuzuteilen. Es gibt diesen Vorschlag der SPD, das Krankengeld allein den Arbeitnehmern aufzubürden. Das sind alles Rechenspiele, in denen mal jene, mal jene mehr bevorzugt und mehr benachteiligt werden. Aber letztlich unter dem Strich sieht das immer so aus, dass es darauf hinausläuft, dass die Arbeitnehmer, die große Menge der Bürger, mehr zahlen müssen. Das kann eigentlich nicht im Sinne der Patienten sein, jeder Bürger ist potentiell auch Patient. Von dem Lebensrisiko „Krankheit“ ist eben jeder potentiell betroffen.

**A.L.: Horst Seehofers
politisches Verhalten
stieß in letzter Zeit
auch innerparteilich
auf einiges Unverständnis -
sein Vorschlag zur Bürgerver-
sicherung zum Beispiel.**

**Vermuten Sie hinter Horst See-
hofers politischem Verhalten ei-
ne Strategie?**

W.B.: Es geht darum, seine eigene Partei da etwas an ihren christlichen Grundgedanken zu erinnern, das könnte ich mir durchaus vorstellen, denn ich halte Horst Seehofer für einen ausgewiesenen Experten, der weiß, wovon er redet. Er hat nun möglicherweise, ohne das zu psychologisieren oder

individualisieren, auch durch seine Krankheit am eigenen Leib die Notwendigkeit der allen zugänglichen gesundheitlichen Versorgung kennen gelernt. Aber ganz unabhängig davon denke ich, dass er mit seinem Protest gegen die geplante Privatisierung des Zahnersatzes, auf jeden Fall richtig liegt. Das ist eine sozialpolitisch meines Erachtens nach völlig korrekte Position. Ich finde dagegen diese Ideen, die aus der CSU/CDU in Bezug auf Gesundheit und Privatisierung vertreten werden, wenn man am Grundgedanken einer solidarischen Gesundheitspolitik festhält, an einem bestimmten europäischen Konsens festhält, fast schon skandalös. Was da die CDU/CSU, und viel mehr noch die FDP vertritt, sind Arbeitgeberpositionen und das sind Positionen, die der großen Menge der Bürger widerspricht.

**A.L.: Hat sich Horst
Seehofer jetzt inner-
halb seiner Partei
diskreditiert?**

W.B.: Aufgrund seiner Sachkenntnis wird er hoffentlich dieser Partei erhalten bleiben. Das ist im Sinne einer vernünftigen Gesundheitspolitik zu hoffen. Ich sehe da im Hintergrund in der Union einige Scharfmacher, wie z.B. Roland Koch, die meines Erachtens nach dieses Expertenwissen wie Horst Seehofer es hat, nicht aufweisen können und die da ganz andere Interessen in der Gesundheitspolitik verfolgen. Wenn ich mich neulich an Roland Kochs Äußerung an seiner Amerikareise erinnere, als er gegen die Positivliste wettete mit dem Argument, dadurch würden Arbeitsplätze der hessischen chemischen Industrie vernichtet, indem dann die hessischen Unternehmen im Ausland produzieren würden- das halte ich für ein ganz schwaches Argument gegen eine Positivliste.



A.L.: Man wird also auf ihn zugehen müssen?

W.B.: Ich denke, es wird auch auf ihn zugegangen werden in seiner Partei. Er ist innerhalb seiner Partei ziemlich unersetzlich. Obwohl man da natürlich auch immer nicht vergessen darf - das gefällt mir jetzt in der tagespolitischen Berichterstattung der Medien nicht sonderlich, weil die da historisch etwas blind mir oft erscheinen -, dass Horst Seehofer letztlich derjenige war, der in den letzten Monaten der Regierung Kohl den Krankenkassenwettbewerb maßgeblich frei-



gegeben hat und der Patienten Zuzahlungen aufgebürdet hat. Seehofer stand für eine Politik, die das voraus nahm, was jetzt leider auch die Sozialdemokratie zur Zeit verfolgt: Ökonomisierung und Privatisierung. Es wird jetzt immer so dargestellt, Horst Seehofer wäre der Linksaußen der Union; das ist so nicht ganz richtig.

Mit dem Medizinsoziologen Dr. Wolfram Burkhart sprach kurz vor dem Kompromiß Anja Link, Patientenstelle Nürnberg

Aus der Beratung

Mit dieser Rubrik möchten wir interessante Probleme und deren Bearbeitungsschritte aus der täglichen Beratung in Patientenstellen vorstellen. Es kann dabei um gelungene Intervention, aber auch um unlösbare Widerstände gehen.

7500 Euro für eine humangenetische Untersuchung bei Brustkrebsrisiko

Frau S., 54 Jahre alt, hat ein erhöhtes Risiko an Brustkrebs zu erkranken, da sowohl ihre Mutter als auch ihre Tante an Brustkrebs verstorben sind. Entsprechend ernst hat sie stets die gebotenen Vorsorgeuntersuchungen genommen. Nach einer routinemäßigen Mammographie im Sommer

müsse 7500 Euro für eine Untersuchung bezahlen, die über ihren Frauenarzt veranlasst worden war.

Völlig überrascht wandte Frau S. sich an ihre private Krankenversicherung mit der Frage ob diese Rechnung übernommen würde.

Die Krankenkasse lehnte ab, ließ sogar ein Kurzgutachten erstellen, das besagte: eine humangenetische Untersuchung ist ohne ausführliche Aufklärung, Beratung über die möglichen Konsequenzen des Ergebnisses und ausdrückliche Einwilligung der Patientin nicht erlaubt.

Frau S. teilte dem Institut die Stellungnahme der Krankenversicherung mit.

Der Institutsleiter antwortete umgehend, das interessiere ihn nicht. Sie habe als Patientin die Untersuchung in Anspruch genommen und müsse dafür zahlen. Wenn die Krankenversicherung die Rechnung nicht erstattet, so sein das eben ihr Problem. Er drohte für den Fall der Zahlungsverweigerung mit einer gerichtlichen Klage.

Wir rieten Frau S., die Rechnung nicht zu bezahlen. Sollte der Institutsleiter seine Drohung wahr machen und tatsächlich Klage erheben, würde sie das Gericht mit ihrer Darstellung der Ereignisse höchstwahrscheinlich überzeugen können.

2000, die ohne Befund war, sagte ihr Frauenarzt beiläufig, es gäbe jetzt eine neue Art der Blutuntersuchung, der man entnehmen könne, wie hoch das Risiko ist, an Brustkrebs zu erkranken. Er entnahm Frau S. eine Blutprobe. Nach einigen Wochen, teilte ihr der Frauenarzt mit, ihr Risiko an Brustkrebs zu erkranken sei gering.

Frau S. freute sich über diesen Befund, dachte aber nicht weiter drüber nach und hakte die Angelegenheit für sich ab.

Ende September 2002 erhielt sie eine Rechnung von einem humangenetischen Institut: sie

PatientInnenstelle Barnstorf

49406 Barnstorf,
Kampstr. 19
Tel: 05442/803670,
Fax: 05442/991984
barnstorf@
patientenstellen.de
Di und Mi 9 – 11 h
Fr 15 – 16.30 h

PatientInnenstelle Köln

50677 Köln, Vondelstr. 9
Tel: 0221/328724,
Fax: 0221/2762961
koeln@
patientenstellen.de
Mo, Di, Fr 10 – 12 h
Mi und Do 16 – 19 h

Unabhängige Patienteninformation FFM

60389 Frankfurt/Main,
Rohrbachstr. 29
Tel: 069/94548964,
Fax: 069/94548965
frankfurt@
patientenstellen.de
Di + Do 10 – 13 h
Mo 16 – 19 Uhr

PatientInnenstelle München

80469 München,
Auenstr. 31
Tel: 089/772565,
Fax: 089/7250474
muenchen@
patientenstellen.de
Mo 17 – 20 h
Do und Fr 10 – 13 h

PatientInnenstelle Nürnberg

90402 Nürnberg,
Ludwigstr. 67
Tel: 0911/2427172,
Fax: 0911/2427174
nuernberg@
patientenstellen.de
Di 11 – 13 h; 18 – 20 h
Do 10 – 13 h
Fr 13.30 – 15.30 h

Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.

(assoziiert)
20099 Hamburg
Kirchenallee 22
Tel: 040/24823 230,
Fax: 040/24823 290

Patientenberatung Herdecke

(assoziiert)
Wetterstr. 4
58313 Herdecke
Tel: 02330/607920
Fax: 02330/607929



Ausschließlich Patientinnen und Patienten werden finanziell belastet

Im Vorfeld der Überlegungen zu Reformen im Gesundheitswesen ist von den Politikern der SPD, CDU/CSU FDP und Bündnis 90/Die Grünen immer von Lösungen gesprochen worden, die nicht zu Lasten der Patientinnen und Patienten gehen sollen.

Kompromisse bei den Gesprächen zur Gesundheitsreform

Die Realität des gestern in dreizehnstündigen Verhandlungen zwischen Schmidt und Seehofer ausgehandelten Vorschlages sieht anders aus. Erste Ergebnisse zeigen, dass Patientinnen und Patienten in einem noch nie da gewesenen Maß belastet werden sollen.

Die von der BAGP im Vorfeld schon massiv als unsozial kritisierte Streichung des Zahnersatzes aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung ist eines der Ergebnisse, die das bisherige Sozialsystem massiv aushöhlen und zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung führen.

Eine Gesundheitsreform, die die Verschiebung der Kosten zu Lasten der Patientinnen und Patienten zu Gegenstand hat, ist nicht nur hochgradig unsozial, sondern auch eine Ignoranz des Grundproblems.

Die BAGP fordert wirkliche Reformen im Gesundheitssystem auf struktureller Ebene anzupacken, sonst wird das Gesundheitssystem in kurzer Zeit wieder vor den gleichen finanziellen Problemen stehen und Patienten erneut Streichungen im Leistungsangebot der Krankenversicherung ertragen müssen. Strukturelle Reformen beinhalten unter anderem eine freiere Vertragsgestaltung zwischen Ärzten und Krankenkassen ohne Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen, mehr Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen, besonders im Hinblick auf

die Informationsbedürfnisse von Versicherten und PatientInnen. Die BAGP ruft Versicherte, Patientinnen und Patienten zum Widerstand gegen die derzeit diskutierten Vorschläge auf.



Neues Info IGeL

Zum Thema Individuelle Gesundheitsleistungen IGeL ist ganz neu ein Info der BAGP der Patientenstellen erschienen. Es stellt klar, unter welchen Bedingungen diese ok sind und wie man sich verhalten kann, wenn man damit Probleme bekommt.



Materialien der BAGP:

Broschüren:

„Patientenrechte/Ärztepflichten“, Informationen zur ärztlichen Behandlung und zum Thema Verdacht auf Behandlungsfehler, München 1998, 3,- Euro

„Informationen bei Problemen der zahnärztlichen Versorgung“, Schwierigkeiten, Rechtsfragen, Änderungen durch die Gesundheitsreform, München 2000, 2,- Euro

„Patientenrechte bei ärztlichen Honorarforderungen“ – Ihre Rechte bei unberechtigten Forderungen von Zahn-/Ärzten, München 2002, 3,- Euro

Weitere Infos

Weitere Informationen zur BAGP (Statut, Beratungsstandards, Faltblatt u.a.) bekommen Sie im Internet unter www.patientenstellen.de und www.gesundheits.de oder bei der BAGP-Geschäftsstelle im Gesundheitsladen München e.V. Auenstr. 31, 80469 München Tel: 089/76755131, Fax: 089/7250474 mail@patientenstellen.de. Bitte legen Sie Ihrer Anfrage einen mit 1,44 Euro frankierten Rückumschlag bei.

